

INHALT

1. „Negativer Immissionsschutz“ bzw. „heranrückende Wohnbebauung“ – neue Bestimmungen in der Tiroler Bauordnung 2011
 2. Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen gemäß Lebensmittelrecht
 3. Gebühr für Eingaben bei den Landesverwaltungsgerichten und beim Bundesverwaltungsgericht – allgemeine Information und Ergänzung der Rechtsmittelbelehrungen von Bescheiden
 4. Einhebung von Entgelten bei Nutzung von bestimmten Zahlungsinstrumenten ist unzulässig
 5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2015
 6. Bedarfszuweisungen 2014
- Verbraucherpreisindex für November 2014 (vorläufiges Ergebnis)*

1.

„Negativer Immissionsschutz“ bzw. „heranrückende Wohnbebauung“ – neue Bestimmungen in der Tiroler Bauordnung 2011

Das vom Tiroler Landtag in seiner Sitzung am 12. November 2014 beschlossene Tiroler Seveso III-Anpassungsgesetz 2011, LGBL Nr. 187/2014, mit dem neben der Tiroler Bauordnung 2011, auch das Tiroler Katastrophenmanagementgesetz, das Tiroler Raumordnungsgesetz 2011, das Tiroler Straßengesetz und das Tiroler Elektrizitätsgesetz 2012 geändert wurden, wurde zum Anlass genommen, in der Tiroler Bauordnung 2011 den sogenannten „negativen Immissionsschutz“ bzw. die „heranrückende Wohnbebauung“ nunmehr ausdrücklich gesetzlich zu verankern.

Hintergrund

Der Verfassungsgerichtshof hat einer langen Reihe von Erkenntnissen die Rechtsfigur der heranrückenden Wohnbebauung entwickelt. Zuletzt hat das Höchstgericht mit Erkenntnis vom 27. Februar 2014, G 98/2013-6, ausgesprochen, dass eine Beschränkung, wonach Immissionen dann nicht geltend gemacht werden können, wenn sie vom bereits bebauten Nachbargrundstück auf das Baugrundstück einwirken und zur Vorschreibung nachträglicher Auflagen für das Nachbargrundstück führen, mit dem Gleichheitssatz nicht vereinbar sei und auch nicht mit einem allfälligen raumordnungsrechtlichen Gebot zur Vermeidung von Planungskonflikten bei der Erlassung von Flächenwidmungs- oder

Bebauungsplänen gerechtfertigt werden kann. In diesem Erkenntnis, das Bundesland Vorarlberg betreffend, wurde die entsprechende Wortfolge in § 26 Abs. 1 lit. c des Vorarlberger Baugesetzes 2001 als verfassungswidrig aufgehoben. Hingegen hegte der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 21. Juni 2007, B698/05, zu einer Tirol betreffenden Entscheidung keine Bedenken gegen die im Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 und in der Tiroler Bauordnung 2011 verankerten immissionsrechtlichen Bestimmungen.

„Negativer Immissionsschutz“ bzw. „heranrückende Wohnbebauung“

Im Detail sprach der Verfassungsgerichtshof u. a. im oben zitierten Vorarlberger Erkenntnis aus, dass einer Vorschrift, die die Errichtung von Betrieben im Wohngebiet beschränkt, allgemein der Grundsatz zu entnehmen ist, dass insbesondere die Qualität der Wohnverhältnisse sichergestellt werden soll. Hierbei würde es jedoch an einer sachlichen Rechtfertigung für die Annahme fehlen, dass eine vom Gesetz her verpönte schwerwiegende Beeinträchtigung ausschließlich dann zu unterbinden sei, wenn die Quelle der Emissionen geschaffen werden soll, nicht hingegen in dem Fall, dass die Quelle bereits besteht und erst durch die Errichtung von Wohngebäuden ihre beeinträchtigende Wirkung entfaltet. So

wird das rechtliche Interesse eines Betriebsinhabers etwa dann berührt sein, wenn in seiner unmittelbaren Nähe ein Wohnhaus errichtet werden soll und er beispielsweise mit Auflagen der Gewerbebehörde zum Schutz der Nachbarschaft gegen Immissionen rechnen muss. Der Verfassungsgerichtshof spricht diesen Betriebsinhabern – soweit sie als Nachbarn im Sinne des § 26 Abs. 3 und 4 TBO 2011 in Betracht kommen – einen „umgekehrten (negativen) Immissionsschutz“ zu. Würden solche Einwendungen nicht berücksichtigt bzw. mangels Parteistellung zurückgewiesen, würden damit das Recht auf den gesetzlichen Richter bzw. das Gleichheitsgebot verletzt. Auch wenn ein Betrieb von einer zukünftigen Wohngebietsausweisung auszugehen habe, könne sein Mitspracherecht nicht zur Gänze verneint werden.

Neue Rechtslage

§ 26 TBO 2011, welcher den Parteienbegriff und die nachbarrechtlichen Einwendungsmöglichkeiten im Bauverfahren normiert, trägt nunmehr durch Einfügung der Abs. 5 und 6 der mittlerweile ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes Rechnung, wonach es der Gleichheitssatz gebiete, die Situation der Schaffung einer Emissionsquelle – im Hinblick auf die Unterbindung der von ihr ausgehenden schädlichen Emissionen – mit dem nachträglichen Hinzutreten eines Objekts, auf das sich eine solche Emissionsquelle auswirken kann, gleich zu behandeln. Dementsprechend muss eine in diese Richtung zielende Einwendung auch vom Inhaber eines Betriebes als Nachbar erhoben werden können, weil er z. B. mit Auflagen der Gewerbebehörde rechnen muss. Zwar waren die diesbezüglichen bau- und raumordnungsrechtlichen Bestimmungen, wie oben erwähnt, schon bisher verfassungskonform interpretierbar, dennoch werden

entsprechende Regelungen nunmehr ausdrücklich in den nachbarrechtlichen Bestimmungen der Tiroler Bauordnung 2011 verankert. Betroffen hiervon ist jener Nachbarkreis, der in den Abs. 3 und 4 des § 26 TBO 2011 festgelegt ist.

Zusammenfassend erhalten betriebliche Nachbarn nunmehr kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung das Recht, die Zulässigkeit jener Immissionen geltend zu machen, die aufgrund der für den jeweiligen Betrieb maßgebenden (anlagenrechtlichen) Vorschriften auf den Bauplatz rechtlich zulässig einwirken. Wenn durch diese Immissionen das im Hinblick auf die Widmung des benachbarten Bauplatzes für dieses zulässige Immissionsniveau überschritten wird, darf die Baubewilligung, außer mittels entsprechender Auflagen, nicht erteilt werden bzw. ergibt sich daraus ein Versagungsgrund (siehe § 27 Abs. 4 TBO 2011).

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass der Betriebsbegriff der Tiroler Bauordnung 2011, aber auch des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 weiter als jener für Betriebsanlagen im Sinn der Gewerbeordnung gefasst ist. In Hinblick auf die bau- und raumordnungsrechtlichen Materien zählen hierzu auch (siehe § 38 Abs. 1 TBO 2011 zur Benützungsbewilligung) betrieblich genutzte Gebäude und Gebäudeteile, für die eine gewerbliche Betriebsanlagengenehmigung nicht erforderlich ist, so beispielsweise, wenn im Rahmen eines land- und/oder forstwirtschaftlichen Betriebes betriebliche Flächen baulich genutzt werden.

Die oben erläuterten Bestimmungen sind im Zuge der Erlassung des Tiroler Seveso III-Anpassungsgesetzes, LGBl. Nr. 187/2014, am 1. Jänner 2015 in Kraft getreten.

Mag. Beatrix Steiner
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

2. Untersuchungspflicht für Trinkwasser- versorgungsanlagen gemäß Lebensmittelrecht

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, i. d. F. BGBl. II Nr. 359/2012, sieht vor, dass der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungen des Trinkwassers gemäß dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungshäufigkeiten nach Anhang II der genannten Verordnung von **einem Untersuchungsberechtigten** durchführen zu lassen hat. Jede Trinkwasserversorgungsanlage ist **zumindest einmal im Jahr** zu überprüfen.

Als Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen werden die Gemeinden daran erinnert, **rechtzeitig** einen Untersuchungsberechtigten nach den §§ 65 oder 73 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) mit dieser Untersuchung zu beauftragen. Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit abrufbar (www.bmg.gv.at – Link „VerbraucherInnenengesundheit“ – „Lebensmittel“ – „Trinkwasser“).

Die Gutachten über die durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln. Die Trinkwasseruntersuchungsergebnisse sollten durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten elektronisch **direkt in das Wasserinformationssystem Tirol** (WIS Tirol) übertragen werden. Die Untersuchungsberechtigten sind technisch dafür ausgerüstet.

Die Durchführung der Beprobung hat gemäß Anhang II der TWV (Mindesthäufigkeit, erforderliche Probenzahl) zu erfolgen. Bei der jährlichen Probenahme ist auch die Überprüfung der Wasserversorgungsanlage (Lokalausweis, einschließlich der Wasserspende mit Fassungszone) vorzunehmen. Der Untersuchungsumfang bei einer Volluntersuchung hat die Parameter des Anhangs I der TWV zu umfassen, soweit diese nicht durch Bescheide des Landeshauptmannes reduziert wurden.

Für wasserfachliche Fragen in diesem Zusammenhang steht Ihnen die Abt. Wasserwirtschaft/Siedlungs- und Industriewasserwirtschaft zur Verfügung (Kontakt: 0512/508-4231 bzw. siedlungswasserwirtschaft@tirol.gv.at). Details zur Umsetzung der lebensmittelrechtlichen Vorgaben werden vom dortigen Sachbearbeiter, Herrn DI Johannes Pinzer (Tel. 0512/508-4215, E-Mail: johannes.pinzer@tirol.gv.at) gerne beantwortet.

Weiters werden die Gemeinden ersucht, die sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren, da die Gemeinde aufgrund des örtlichen Nahebezuges in vielen Fällen erster Ansprechpartner ist.

Dr. Arthur Oberauer
Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten

3.

Gebühr für Eingaben bei den Landesverwaltungsgerichten und beim Bundesverwaltungsgericht – Allgemeine Information und Ergänzung der Rechtsmittelbelehrungen von Bescheiden

1. Allgemeines:

Am **1. Februar 2015** tritt die Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Gebühr für Eingaben beim Bundesverwaltungsgericht sowie bei den Landesverwaltungsgerichten, BGBl. II Nr. 387/2014, in Kraft. Sie ist auf jene Eingaben anzuwenden, die sich auf **Bescheide** beziehen, die ein **Bescheiddatum nach dem 31. Jänner 2015** aufweisen; im Übrigen – wenn der Eingabe kein Bescheid vorangeht – auf Eingaben, die nach dem 31. Jänner 2015 eingebracht werden (§ 4 Abs. 1 leg. cit.).

Nach dieser Verordnung ist nunmehr auch für **Eingaben** und **Beilagen an die Landesverwaltungsgerichte** (Beschwerden, Vorlageanträge, Anträge auf Wiedereinsetzung, auf Wiederaufnahme oder gesonderte Anträge auf Ausschluss oder Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung) eine **pauschalierte Eingabegebühr** zu entrichten; eine pauschalierte Eingabegebühr für Eingaben an das Bundesverwaltungsgericht existiert aufgrund der Verordnung BGBl. II Nr. 490/2013 bereits seit 1. Jänner 2014.

Nach § 1 Abs. 2 leg. cit. **entsteht die Gebührenschuld im Zeitpunkt der Einbringung der Eingabe**; erfolgt die Einbringung jedoch im Weg des elektronischen Rechtsverkehrs – dies ist derzeit nur beim Bundesverwaltungsgericht möglich –, entsteht die Gebührenschuld, wenn ihre Daten zur Gänze bei der Bundesrechenzentrum GmbH eingelangt sind. Mit dem Entstehen der Gebührenschuld wird die Gebühr fällig.

Nach Abs. 3 leg. cit. ist die **Gebühr vom Einbringer** unter Angabe des **Verwendungszwecks** direkt auf ein Konto des **Finanzamtes** für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel zu entrichten. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen; dieser Beleg ist der Eingabe anzuschließen (siehe dazu näher § 1 Abs. 3 und 4 der Verordnung).

Die Stelle, bei der eine Eingabe eingebracht wird, die **nicht** oder **nicht ausreichend vergebührt** wurde, hat gemäß § 34 Abs. 1 des Gebührengesetzes 1957 das Finanzamt für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel darüber in Kenntnis zu setzen (§ 1 Abs. 5 leg. cit.).

Wichtig: Beschwerden, Vorlageanträge, etc. gegen Bescheide von Gemeindeorganen sind im Regelfall **beim Gemeindeamt einzubringen; somit haben die Gemein-**

den darauf zu achten, dass diese Eingaben auch entsprechend vergebührt sind.

Die Höhe der **Pauschalgebühr** beträgt nach § 2 der Verordnung

- für Beschwerden, Wiedereinsetzungsanträge und Wiederaufnahmeanträge (samt Beilagen) **30,- Euro**,
- für Vorlageanträge **15,- Euro**.

Bestehende Gebührenbefreiungen, wie insbesondere die im **§ 14 TP 6 Abs. 5 des Gebührengesetzes 1957** normierten Befreiungen

- für Abgabenverfahren (**Z. 4**);
- für Ansuchen um Aufnahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis und Eingaben öffentlich-rechtlich Bediensteter und ihrer Hinterbliebenen in Dienstrechtsangelegenheiten (**Z. 10**);
- für Einwendungen und Stellungnahmen zur Wahrung der rechtlichen Interessen zu Vorhaben der Errichtung oder Inbetriebnahme von Bauwerken und Anlagen aller Art sowie im Verfahren zur Genehmigung solcher Vorhaben (**Z. 20**)

bleiben weiter aufrecht.

2. Ergänzung der Rechtsmittelbelehrungen:

Es wird daher vorgeschlagen, folgenden Hinweis in **Rechtsmittelbelehrungen von Bescheiden** aufzunehmen, für die die neue Gebührenpflicht gilt und **die ein Bescheiddatum nach dem 31. Jänner 2015 aufweisen** (Beschwerden und Vorlageanträge gegen Bescheide, die ein Bescheiddatum vor dem 1. Februar 2015 aufweisen, sind nach § 4 Abs. 1 der Verordnung wie bisher zu vergebühren, auch wenn die Beschwerde erst nach dem 31. Jänner 2015 eingebracht wird):

a) Für Beschwerden an das Landesverwaltungsgericht:

Hinweis zur Gebührenpflicht:

Die Beschwerde ist mit € 30,- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

b) Für Vorlageanträge an das Landesverwaltungsgericht:

Hinweis zur Gebührenpflicht:

Der Vorlageantrag ist mit € 15,- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist dem Vorlageantrag als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

c) Für Beschwerden an das Bundesverwaltungsgericht:

Hinweis zur Gebührenpflicht:

Die Beschwerde ist mit € 30,- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

Wird eine Eingabe im Weg des elektronischen Rechtsverkehrs eingebracht, ist die Gebühr durch Abbuchung und Einziehung zu entrichten. In der Eingabe ist das Konto, von dem die Gebühr einzuziehen ist, oder der Anschriftcode, unter dem ein Konto gespeichert ist, von dem die Gebühr eingezogen werden soll, anzugeben.

Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

d) Für Vorlageanträge an das Bundesverwaltungsgericht:

Hinweis zur Gebührenpflicht:

Der Vorlageantrag ist mit € 15,- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.

Wird eine Eingabe im Weg des elektronischen Rechtsverkehrs eingebracht, ist die Gebühr durch Abbuchung und Einziehung zu entrichten. In der Eingabe ist das Konto, von dem die Gebühr einzuziehen ist, oder der Anschriftcode, unter dem ein Konto gespeichert ist, von dem die Gebühr eingezogen werden soll, anzugeben.

Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:

Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

4.

Einhebung von Entgelten bei Nutzung von bestimmten Zahlungsinstrumenten ist unzulässig

Am 1. November 2009 ist in Österreich das Bundesgesetz über die Erbringung von Zahlungsdiensten (Zahlungsdienstegesetz – ZaDiG) aufgrund der Vorgaben einer Richtlinie der Europäischen Union in Kraft getreten, dessen § 27 Abs. 6 folgende Bestimmung enthält: „Der Zahlungsdienstleister darf dem Zahlungsempfänger nicht verwehren, dem Zahler für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes eine Ermäßigung anzubieten. Die Erhebung von Entgelten durch den Zahlungsempfänger im Fall der Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes ist unzulässig.“ Als Zahlungsinstrument gilt dabei gemäß § 3 Z. 21 ZaDiG jedes personalisierte Instrument oder jeder personalisierte Verfahrensablauf, das oder der zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und dem Zahlungsdienstleister vereinbart wurde und das oder der vom Zahlungsdienstnutzer eingesetzt werden kann, um einen Zahlungsauftrag zu erteilen.

Da von Unternehmen, u. a. im Bereich der Mobilfunkbetreiber und Versicherungsgesellschaften, Gebühren verrechnet wurden, wenn Kunden ihre Rechnungen durch eigenhändig unterschriebenem Zahlschein oder durch Überweisungsauftrag im Onlinebanking beglichen haben bzw. dies nicht der Fall war, wenn die Zahlung mittels Einzugsermächtigung oder Abbuchungsauftrag erfolgte, erließ in diesem Zusammenhang der Oberste Gerichtshof in einem Revisionsverfahren unter Berücksichtigung der aus diesem Anlass ergangenen Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshof das Urteil vom 17. Juni 2014, Geschäftszahl 10Ob27/14i. Darin wird festgehalten, dass ein generelles, nicht zwischen verschiedenen Zahlungsinstrumenten differenzierendes Verbot der Einhebung von Entgelten, wie es im § 27 Abs. 6 ZaDiG vorgesehen ist, richtlinienkonform ist, sofern die nationale Regelung insgesamt der Notwendigkeit Rechnung trägt, den Wettbewerb und die Nutzung effizienter Zahlungsinstrumente zu fördern. Das generelle Verbot der Berechnung von Aufschlägen verhindert, dass ein Unternehmen vom Kunden bei der Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes einen höheren Endpreis als den mitgeteilten fordert, den der Kunde mit anderen Preisangeboten vergleicht. Durch eine differenzierende und ungleiche

Behandlung sollen bestimmte effiziente Zahlungsinstrumente nicht unattraktiv gemacht werden. Ob es sich beim Zahlschein um ein Zahlungsinstrument handelt, wurde dahingehend klargestellt, dass es sich sowohl bei dem Verfahren zur Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen vom Zahler eigenhändig unterschriebenen Zahlschein als auch bei dem Verfahren zur Erteilung eines Überweisungsauftrags im Onlinebanking um Zahlungsinstrumente handelt. Laut OGH darf es somit im Zusammenhang mit der Verrechnung von Entgelten keinen Unterschied machen, ob eine Rechnung mittels Erteilung eines Überweisungsauftrags durch einen vom Zahler eigenhändig unterschriebenen Zahlschein, um einen Überweisungsauftrag im Onlinebanking oder um einen Abbuchungsauftrag beglichen wird.

Die erwähnten Bestimmungen des ZaDiG sind auch im Verhältnis zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer anzuwenden. Es ist daher bei Verträgen, die ab dem 1. November 2009 abgeschlossen wurden, die Vereinbarung von Sonderentgelten für bestimmte Zahlungsvorgänge unwirksam. Nach ständiger Rechtsprechung des OGH dürfte dies auch auf Dauersachverhalte ab der Änderung des Gesetzes (z. B. OGH 4 Ob 172/04d in JBl 2005, 173) gelten. Dauerrechtsverhältnisse finden sich beispielsweise im Bereich von Telefonie-, Versicherungs- und Energieversorgungsverträgen, da bei diesen der Umfang der beidseitigen Leistung meist von der Vertragsdauer abhängt.

Aus diesem höchstgerichtlichen Urteil kann daher abgeleitet werden, dass Zahlscheinentgelte nicht mehr verrechnet werden dürfen. Zahlscheinentgelte, welche entgegen diesen Bestimmungen zu Unrecht ab 1. November 2009 eingehoben wurden, sind den Kunden zurückzuerstatten bzw. können zurückgefordert werden. Nicht verwehrt ist es jedoch, dem Zahler für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes eine Ermäßigung (z. B. Rabatt, Skonto) anzubieten.

Abschließend wird noch darauf hingewiesen, dass Gebühren für Zahlscheinzahlungen am (Bank)Schalter, die das Unternehmen als Zahlungsdienstleister (= Transporteur des Geldes) verrechnet, weiterhin zulässig und nicht vom Anwendungsbereich des § 27 Abs. 6 ZaDiG erfasst sind.

5.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2015

Ertragsanteile an	Jänner		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	9.949.692	10.288.118	338.425	3,40
Lohnsteuer	20.626.528	21.807.506	1.180.979	5,73
Kapitalertragsteuer	153.020	596.196	443.177	289,62
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	577.890	548.870	-29.020	-5,02
Körperschaftsteuer	14.957.970	14.943.516	-14.454	-0,10
Abgeltungssteuern Schweiz	70.104	-12	-70.117	-100,02
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	1.289	1.289	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	992	4.381	3.390	341,77
Stiftungseingangssteuer	6.999	3.238	-3.761	-53,74
Bodenwertabgabe	122.873	153.508	30.635	24,93
Stabilitätsabgabe	1.031.020	631.686	-399.335	-38,73
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	47.497.088	48.978.297	1.481.209	3,12
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer	19.615.722	20.545.208	929.486	4,74
Abgabe von alkoholischen Getränken	28	28	0	0,45
Tabaksteuer	1.412.720	1.450.355	37.635	2,66
Biersteuer	144.522	60.796	-83.726	-57,93
Mineralölsteuer	3.859.092	2.362.068	-1.497.024	-38,79
Alkoholsteuer	95.197	69.308	-25.889	-27,20
Schaumweinsteuer	640	6.958	6.317	986,33
Kapitalverkehrsteuern	41.133	25.467	-15.666	-38,09
Werbeabgabe	388.778	393.143	4.365	1,12
Energieabgabe	891.440	541.115	-350.325	-39,30
Normverbrauchsabgabe	308.746	292.859	-15.888	-5,15
Flugabgabe	82.547	87.638	5.091	6,17
Grunderwerbsteuer	6.315.257	7.163.635	848.378	13,43
Versicherungssteuer	699.666	774.322	74.656	10,67
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.264.750	1.538.919	274.168	21,68
KFZ-Steuer	86.903	87.533	630	0,72
Konzessionsabgabe	233.325	250.804	17.479	7,49
rechnungsmäßig Ertragsanteile	35.440.468	35.650.156	209.688	0,59
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern *)	34.561.385	34.771.072	209.688	0,61
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	82.058.473	83.749.369	1.690.896	2,06
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.219.717	5.463.787	244.070	4,68
Werbesteuerenausgleich	62.339	62.937	598	0,96
Werbeabgabe nach der Volkszahl	326.440	330.207	3.767	1,15
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

6. Bedarfszuweisungen 2014

Bezirk	EWZ per 31.10.2012	Kranken- häuser	Volks-schulen	Schulen: HS, NMS, SPZ, PTS	Abwasser- beseitigung *)	Wasser- versorgung	Wildbach- und Lawinen- verbauung	Kata-strophen- schäden	Straßen Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrzweck- häuser	Wohn- und Pflegeheime	Kinder-betreuung	Feuerwehr- zwecke	Sonstige Zwecke	Gesamt
Bezirk Imst	56.947	768.000	506.300	2.346.900	1.056.200	815.000	100.000	241.023	627.500	1.420.000	865.000	760.802	1.343.410	1.140.000	11.990.135
Bezirk Innsbruck-Land	167.739		1.961.000	3.797.500	1.416.200	1.162.000	264.800	374.482	2.913.500	1.913.900	90.000	1.811.635	752.320	2.668.090	19.125.427
Bezirk Innsbruck-Stadt	122.510												0	9.000.000	9.000.000
Bezirk Kitzbühel	61.979	119.700	570.000	1.940.000	413.990	20.000	200.000	313.859	1.010.000	335.000	1.720.000	177.467	195.450	1.230.356	8.245.822
Bezirk Kufstein	102.031	139.200	630.000	1.552.000	82.610	510.500		493.227	1.925.000	490.000	1.310.000	300.579	25.000	2.620.952	10.079.068
Bezirk Landeck	43.598	624.000	828.750	163.100	676.840	390.000	245.000	40.866	1.698.000	355.000	15.000	629.183	688.320	932.929	7.286.988
Bezirk Lienz	49.126	555.000	1.446.000	815.000	663.480	336.000	633.280	126.475	2.573.886	1.641.000	500.000	272.720	300.000	1.934.750	11.797.591
Bezirk Reutte	31.633	100.000	456.000	85.000	792.420	750.000	384.000	14.889	1.517.000	2.240.000		440.465	301.000	2.110.000	9.190.774
Bezirk Schwaz	79.549	268.600	30.000	1.944.080	222.260	720.000	220.000	617.181	2.270.000	1.192.000	700.000	948.331	144.500	1.390.436	10.667.388
Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen															3.372.396
Gesamtsumme	715.112	2.574.500	6.428.050	12.643.580	5.324.000	4.703.500	2.047.080	2.222.002	14.534.886	9.586.900	5.200.000	5.341.182	3.750.000	23.027.513	100.755.589

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2014

(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2014 (endgültig)	November 2014 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	110,1	110,3
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	120,6	120,8
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	133,3	133,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	140,3	140,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	183,4	183,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	285,2	285,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	500,4	501,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	637,6	638,7
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	639,7	640,8

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat November 2014 beträgt 110,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Oktober 2014 um 0,2% gestiegen (Oktober 2014 gegenüber September 2014: -0,1%). Gegenüber November 2013 ergibt sich eine Steigerung um 1,7% (Oktober 2014/2013: +1,6%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck